

INHALT

- | | |
|--|---|
| 26. Grenzen der Zulässigkeit von Wahlwerbung durch Organe der Vollziehung | 31. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2013 |
| 27. Fragen zum Tiroler Veranstaltungsgesetz | 32. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2013 |
| 28. Information zum Sammlungsgesetz 1977 | |
| 29. Finanzdaten der Gemeinde Tirols 2012 | |
| 30. Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2010 bis 2012 | Verbraucherpreisindex für Juni 2013 (vorläufiges Ergebnis) |

26.

Grenzen der Zulässigkeit von Wahlwerbung durch Organe der Vollziehung

1) Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 28. Juni 2013:

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 28. Juni 2013, GZ W III 2/2013-16, über die Anfechtung des Ergebnisses der am 20. Jänner 2013 durchgeführten Volksbefragung betreffend die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes unter anderem mit der Frage auseinandergesetzt, ob bzw. inwieweit ein Eintreten von Organen der Vollziehung (hier: von Bürgermeister) für ein bestimmtes Ergebnis in amtlichen Mitteilungen zu einer Rechtswidrigkeit des entsprechenden Verfahrens führt.

Der Verfassungsgerichtshof verweist dabei zunächst auf das Erkenntnis in VfSlg. 13.839/1994 betreffend die Volksabstimmung über ein Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Im Hinblick auf den Vorwurf unzulässiger Werbung öffentlicher Stellen für den Gesetzesbeschluss des Nationalrates im Zuge des Volksabstimmungsverfahrens ist darin ausgeführt, „dass die für allgemeine Wahlen grundsätzlich geltenden Regeln der „Freiheit der politischen Willensbildung und Betätigung“ und des Postulates der „Reinheit der Wahlen“, in deren Ergebnis der wahre Wille der Wählerschaft zum Ausdruck kommen soll, unter Bedachtnahme und nach Maßgabe der Unterschiedlichkeiten der beiden Rechtseinrichtungen, auch auf das Ver-

fahren für Volksabstimmungen nach Art. 43 und 44 Abs. 3 B-VG i. V. m. Art. 46 B-VG zu übertragen sind. Die Werbung für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten dürfe dabei im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung in keiner wie immer gearteten Weise (rechtlich oder faktisch) unterbunden oder auch nur beeinträchtigt werden, so angesichts des verfassungsrechtlichen Gebotes der Freiheit der politischen Willensbildung und Betätigung z. B. auch nicht durch – staatliche – gezielte oder dem gleichkommende massive Desinformation, die im Effekt zur Fehlorientierung der abstimmungsberechtigten Bürger führe. Eine Beeinflussung der Wähler durch mündliche oder schriftliche Agitation werde nur dann für relevant erachtet, wenn sie die zum Schutz der Wahlfreiheit gezogenen Schranken überschreite (VfSlg. 47/1921).“

Diese Überlegungen finden – so der VfGH weiter – grundsätzlich auch im Zusammenhang mit der Durchführung von Volksbefragungen Anwendung. Er führt dazu wörtlich aus wie folgt:

„Wenngleich bei einer Volksbefragung – anders als bei einer Volksabstimmung – noch keine staatliche Maßnahme vorliegt, für die staatliche Organe legitimerweise werben dürfen, steht das Neutralitätsgebot nicht jeglicher Form der Äußerung in Bezug auf die bei der Volksbefragung angebotenen Lösungsvorschläge entgegen. Grundsätzlich steht es den als Organen der Vollziehung fungierenden Personen – ebenso wie Mitgliedern der Bundesregierung und den sonstigen obersten Organen der Vollziehung sowie den

Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften – frei, in Unterstützung und Verfolgung ihrer politischen Ziele Empfehlungen für die Volksbefragung abzugeben und dafür auch öffentlich einzustehen (vgl. VfSlg. 13.839/1994). Dies bedeutet aber freilich nicht, dass es bei Volksbefragungen zulässig ist, in ‚amtlichen Mitteilungen‘ oder als solche gekennzeichneten Schreiben in subjektiv wertender Weise für ein Ergebnis einzutreten und in dieser Hinsicht auf die Stimmberechtigten Einfluss zu nehmen (vgl. VfSlg. 17.418/2004, 19.107/2010).“

Der Verfassungsgerichtshof kommt – ohne die Frage der Rechtswidrigkeit abschließend zu beantworten – letztlich zum Ergebnis, dass die behauptete Rechtswidrigkeit im vorliegenden Fall bei der gegebenen Beteiligung im Hinblick auf das bundesweite Gesamtergebnis lediglich zu einer Verschiebung um höchstens 0,2% der Stimmen führen hätte können. Da eine derart geringfügige Abweichung jedoch nicht als Einfluss auf das Ergebnis der Volksbefragung gewertet werden kann, hat der VfGH der Anfechtung nicht stattgegeben.

2) Nationalratswahl 2013:

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl des Nationalrates wird daher – insbesondere auch im Hinblick auf allfällige strafrechtliche Konsequenzen – nochmals eindringlich auf Folgendes hingewiesen:

Die Gemeinde ist aus der Wahlwerbung herauszuhalten. Es ist nicht zulässig, Wahlwerbung mit dem Briefkopf der Gemeinde, mit dem Gemeindewappen oder der Aufschrift „Gemeinde“ usw., zu betreiben bzw. die Gemeinde durch die Herstellung und die Versendung von für die Wahlwerbung bestimmten Schriftstücken im und durch das Gemeindeamt zu belasten.

Es ist das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters, zu ihrer politischen Gesinnung zu stehen und ihrer politi-

schen Gesinnung nahestehende Wahlwerber zum Gemeinderat, zum Bürgermeister, zum Landtag, zum Nationalrat, zum Bundespräsidenten oder zum europäischen Parlament nach Kräften zu unterstützen. Allerdings ist diese persönliche Unterstützung dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass ein **persönlicher Briefkopf** verwendet wird. Gegen die Verwendung der auf die Person zutreffende Funktionsbezeichnung „Bürgermeisterin“ oder „Bürgermeister“ ist nichts einzuwenden; ebenso ist auch nicht zu beanstanden, wenn die Wahlwerbung mit sachlicher Information, wie Hinweisen auf Ort und Zeit der Stimmabgabe usw., verbunden wird. Diese **„Werbung“** muss jedoch **eindeutig als persönliches Anliegen und persönliche Botschaft** erkennbar sein. **Jeder irreführende Bezug zur Gemeinde** sowie jede Belastung der Gemeinde durch die Herstellung und die Versendung von für die Wahlwerbung bestimmten Schriftstücken im und durch das Gemeindeamt sind daher zu unterlassen.

Nach der Judikatur des VfGH wäre ein Schreiben mit folgenden Merkmalen als unzulässige Einflussnahme zu werten:

- Briefkopf mit Aufdruck „Gemeinde ...“
- Verwendung des Gemeindewappens und/oder des Gemeindesiegels
- Fertigung: „Für die Gemeinde .. „ oder „Ihr/euer Bürgermeister“
- Kennzeichnung als „amtliche Mitteilung“
- Das Schreiben enthält nicht bloß eine Information über Wahltag, Wahlzeit ..., sondern auch subjektiv wertende Äußerungen in eine bestimmte Richtung.

Bei Vorliegen dieser Merkmale – es genügen auch einzelne davon – geht der VfGH von einer unzulässigen Einflussnahme auf das Wahlverfahren aus, welche zu einer Aufhebung des Wahlverfahrens führen kann.

27.

Fragen zum Tiroler Veranstaltungsgesetz

Sicherheits- und rettungstechnisches Konzept

Ergänzend zum Beitrag im Merkblatt Ausgabe Dezember 2012, in welchem die Neuerungen des Tiroler Veranstaltungsgesetzes – TVG durch die Novelle LGBL Nr. 129/2012 dargestellt wurden, wird im Folgenden auf die Bestimmung des § 6a näher eingegangen:

Bei Großveranstaltungen **hat die Behörde** vor der Genehmigung der Veranstaltung zum sicherheits- und

rettungstechnischen Konzept eine **Stellungnahme der in erster Instanz örtlich zuständigen Sicherheitsbehörde** einzuholen.

Das Sicherheitspolizeigesetz – SPG regelt die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei (§ 1 leg. cit).

Nach § 2 Abs. 2 des Sicherheitspolizeigesetzes besteht die **Sicherheitsverwaltung** aus der Sicherheitspolizei, dem Pass- und dem Meldewesen, der Fremdenpo-

lizei, der Überwachung des Eintrittes in das Bundesgebiet und des Austrittes aus ihm, dem Waffen-, Munitions-, Schieß- und Sprengmittelwesen sowie aus dem Pressewesen und den Vereins- und Versammlungsangelegenheiten.

Nach § 3 leg. cit. besteht die **Sicherheitspolizei** aus der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ausgenommen die örtliche Sicherheitspolizei (Art. 10 Abs. 1 Z. 7 B-VG), und aus der ersten allgemeinen Hilfeleistungspflicht.

Nach § 9 leg. cit. obliegt außerhalb des Gebietes der Stadt Innsbruck die Sicherheitsverwaltung den Bezirksverwaltungsbehörden; in Innsbruck ist die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitsbehörde erster Instanz. Die Bezirks- und Stadtpolizeikommanden und deren Polizeiinspektionen sind diesen bei der Besorgung der Sicherheitsverwaltung unterstellt.

Neben der dem Veranstalter obliegenden, in der Praxis aber zum Teil nur unzureichend wahrgenommenen Beziehung der Sicherheitsbehörde bei der Erstellung eines sicherheits- und rettungstechnischen Konzeptes, wurde die Einbeziehung der Sicherheitsbehörde nunmehr in den **Aufgabenbereich der Veranstaltungsbehörde** übertragen. Diese hat zumindest bei allen Großveranstaltungen, zu denen mehr als 1.000 Besucher oder Teilnehmer gleichzeitig erwartet werden, als **zusätzliche Entscheidungsgrundlage** vor dem Abschluss des Verfahrens eine Stellungnahme zum sicherheits- und rettungstechnischen Konzept einzuholen. Bei der von ihnen abzugebenden Stellungnahme haben die Sicherheitsbehörden auch darauf zu achten, ob Verkehrsmaßnahmen notwendig sind, wozu eine zusätzliche Stellungnahme der Verkehrsbehörde eingeholt werden kann.

Die Veranstaltungsbehörde hat dazu der Sicherheitsbehörde die Anmeldung samt Planbeilagen und alle im § 6a Abs. 1 TVG geforderten Unterlagen zu übermitteln. Die Unterlagen bilden eine **Bringschuld des Veranstalters**, in welchen dieser rechtzeitig und umfassend darzulegen hat, welche **sicherheitstechnischen und rettungstechnischen Maßnahmen** getroffen werden, weiters ob ein **Ordnerdienst** eingesetzt wird und welche **Maßnahmen zur Vermeidung von Notfällen** und zur Verminderung ihrer Auswirkungen ergriffen werden. Zudem ist vom Veranstalter eine **schriftliche Stellungnahme** des Trägers des **Rettungsdienstes und der örtlichen Feuerwehr** vorzulegen.

Unvollständige Einreichunterlagen sind von der Veranstaltungsbehörde unter Setzung einer Frist nachzufordern (vgl. § 7 Abs. 2 TVG). **Die Behörde hat die Ver-**

anstaltung zu untersagen, wenn die Anmeldung nicht unverzüglich verbessert wird und damit das Vorliegen der Voraussetzungen nach diesem Gesetz nicht hinreichend beurteilt werden kann.

Insgesamt soll diese Bestimmung über die im § 27 Abs. 1 TVG vorgesehenen Informationspflichten hinaus zu einer verbesserten Abstimmung zwischen den Behörden im Vorfeld einer Veranstaltung führen und damit der Erhöhung der Sicherheit der Veranstaltung dienen.

Es darf in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht werden, dass durch ein redaktionelles Versehen in der 14. Auflage des Kodex Landesrecht Band II auf S. 339 im § 7 Abs. 1 der letzte Satz nicht abgedruckt wurde, welcher nach wie vor lautet:

„Wird die Veranstaltung nicht untersagt, so hat die Behörde dem Anmelder darüber eine **Bescheinigung** auszustellen. Eine Ausfertigung der die Betriebsanlage betreffenden Unterlagen ist dem Anmelder mit dem entsprechenden Vermerk zurückzusenden.“ (siehe auch die im RIS abrufbare aktuelle Fassung des TVG).

Lärmbelästigung

Die Veranstaltungsbehörde hat bei jeder Veranstaltung **auf die Lärmintensität einer Veranstaltung Bedacht zu nehmen**, damit diese nicht zu einer unzumutbaren Belästigung der umliegenden Wohnbevölkerung oder zu einer Gesundheitsgefährdung der Teilnehmer wird (vgl. § 3 Abs. 1 lit. d TVG). Insbesondere bei Freiluftveranstaltungen mit Musik hat jede Anmeldung genaue Angaben über die verwendeten Musikanlagen samt Verstärkern und hinsichtlich der Lärmpegelbegrenzung eine maximale Dezibelanzahl zu enthalten. Infolge § 3 Abs. 1 TVG hat die Behörde nötigenfalls durch die Vorschreibung eines Pegelbegrenzers und der Beschränkung der Dauer der Veranstaltung der Bevölkerung die Nachtruhe (22.00 Uhr, in Ausnahmefällen 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr) zu erhalten.

Das Umweltbundesamt hat dazu eine **Lärmschutzrichtlinie für Freiluftveranstaltungen** herausgegeben, in welcher u. a. Grundlagen zum Schutz von Nachbarn und Besuchern festgeschrieben sind (vgl. www.umweltbundesamt.at, Ausgabe 2011).

Schaumparty

Die in letzter Zeit immer populärer werdenden Schaumparties bergen ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko. Eine Schaumparty ist eine Veranstaltung, bei der die Tanzfläche mithilfe von Leichtschaumgeneratoren (auch Schaumkanonen genannt) und Seifenlösung komplett mit Schaum bedeckt wird. Da bei

einer Schaumparty in der Regel die gesamte Körperoberfläche in Kontakt mit der Seifenlösung gerät, muss deren korrekte Herstellung – insbesondere das richtige Verhältnis von Schaumflüssigkeit zu Wasser – unbedingt gewährleistet sein. So können etwa nicht herstellergerechte Gemische starke Reizungen der Haut, der Schleimhäute sowie der Atemwege verursachen. Darüber hinaus besteht Rutschgefahr auf den meist glitschigen Böden. Beides kann Panik unter den Besuchern verursachen. Ohne eine entsprechende Anzahl an Sicherheitspersonal darf die Schaumhöhe eine gewisse Höhe nicht überschreiten, will man schwere Unfälle vermeiden.

Aufgrund des aufgezeigten Sicherheitsrisikos ist eine Bescheinigung nur für zeitgerecht eingebrachte und voll-

ständige Anmeldungen auszustellen, bei denen eine genaue Beschreibung über die Sicherheitsvorkehrungen, die Haut- bzw. Atemwegsverträglichkeit der Schaumlösung, die Rutschfestigkeit des Bodens etc. enthalten ist (vgl. § 6 Abs. 3 TVG). In diesem Zusammenhang soll auch auf den Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung des Veranstalters geachtet werden (vgl. § 8 Abs. 3 TVG).

Die Behörde kann mittels Auflage unter Beiziehung eines Sachverständigen die Schaumhöhe begrenzen. Weiters soll vorgeschrieben werden, dass der Schaumbereich laufend durch Sicherheitspersonal auf allenfalls gestürzte und am Boden liegende Besucher zu kontrollieren ist.

28.

Information zum Sammlungsgesetz 1977

Aus gegebenem Anlass darf auf einige Bestimmungen des (Tiroler) Sammlungsgesetzes 1977, LGBL Nr. 40, in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr. 94/2012, aufmerksam gemacht werden:

Die Behörden hinsichtlich einer Entscheidung über ein Ansuchen um Erteilung einer Sammlungsbewilligung sind (§ 5 Abs. 1):

a) die **Gemeinde** bei Sammlungen, die sich auf das Gebiet einer Gemeinde beschränken und deren Ergebnis innerhalb derselben Gemeinde verwendet werden soll oder für Zwecke bestimmt ist, die dieser Gemeinde zugute kommen,

b) die **Bezirksverwaltungsbehörde** bei Sammlungen, die sich auf das Gebiet eines politischen Bezirks beschränken und

c) die **Landesregierung** in allen übrigen Fällen.

Im Bescheid (Sammlungsbewilligung) ist neben der Festlegung des zeitlichen und örtlichen Geltungsbereichs, der Verwendung des Sammlungsergebnisses und der Art und des Ausmaßes der Entlohnung der die

Sammlung durchführenden Personen auch anzuordnen, wie die Sammlung durchzuführen ist (mit Sammelbüchern und/oder mit Sammel listen) und wie diese gekennzeichnet werden sollen (z. B. dass jedermann den Veranstalter der Sammlung und den Sammlungszweck deutlich erkennen kann), und insbesondere auch, dass die als Sammler eingesetzten Personen einen **Sammlungsausweis mit sich führen und diesen auf Verlangen vorweisen müssen** (§ 4 Abs. 5).

Das Aufsuchen von Dienststellen des Bundes, des Landes, der Gemeinden, anderer Körperschaften öffentlichen Rechts und von Schulen zur Durchführung von Sammlungen **ist verboten** (§ 6). Dieses Verbot soll Behinderungen des Dienst- bzw. Schulbetriebes hintanhalten. Zu diesen Dienststellen zählen auch die Gemeindeämter. Personen, die in einem Gemeindeamt Geld- oder Sachspenden sammeln wollen, sollten daher darauf aufmerksam gemacht werden, dass dies eine Verwaltungsübertretung darstellt und zu unterlassen ist.

Dr. Arthur Oberauer
Abteilung Soziales

Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2012

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	Imst - 24 G		Ibk.-Land - 65 G		Kitzbühel - 29 G		Kufstein - 30 G		Landeck - 30 G		Lienz - 33 G		Reutte - 37 G		Schwaz 39 G		Ibk.-Stadt - 1 G		Su. Bezirke - 278 G		Summe Tirol 279 G	
	%		%		%		%		%		%		%		%		%		%		%	
Einwohnerzahl lt. Registerz. 31.10.2010	56.401	9,60	165.661	28,19	61.616	10,48	100.324	17,07	43.603	7,42	49.672	8,45	31.649	5,39	78.787	13,41	119.860	16,94	587.713	100,00	707.573	100,00
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	91.177	9,58	268.529	28,20	99.321	10,43	163.353	17,16	70.285	7,38	80.723	8,48	51.016	5,36	127.710	13,41	279.673	22,70	952.114	100,00	1.231.788	100,00
Finanzkraft I für 2012	8.328.835	8,75	23.726.477	24,93	12.335.682	12,96	17.887.849	18,79	7.509.299	7,89	5.834.445	6,13	5.975.803	6,28	13.586.759	14,27	10.444.790	8,11	95.183.149	100,00	120.797.939	100,00
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
1 Ordentliche Einnahmen 1)	137.596.186	2.440	372.705.728	2.250	158.768.206	2.577	228.467.947	2.277	119.731.582	2.746	115.966.180	2.335	94.100.981	2.974	190.876.459	2.423	312.585.361	2.608	1.418.221.268	2.413	1.750.806.629	2.446
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	13.237.127	235	47.637.700	288	13.529.080	220	26.118.243	260	14.737.363	338	14.470.906	291	7.705.735	243	24.972.058	317	39.719.354	331	162.408.211	276	39.719.354	286
3 Gesamteinnahmen in % der Bezirkssumme	150.833.313	2.674	420.343.428	2.537	172.297.286	2.796	254.586.189	2.538	134.468.944	3.084	130.437.086	2.626	101.814.716	3.217	215.848.517	2.740	352.304.715	2.939	1.580.629.479	2.689	1.932.934.194	2.732
4 Personalaufwand 2)	27.749.292	492	83.030.252	495	33.575.496	545	50.810.424	506	22.394.214	485	22.394.214	451	15.755.905	498	33.333.350	423	66.872.627	558	286.792.334	488	353.664.961	500
5 Sachaufwand	107.302.719	1.902	289.188.476	1.746	127.238.024	2.065	177.747.218	1.772	98.018.601	2.248	92.914.966	1.871	76.736.906	2.425	155.668.460	1.976	245.656.516	2.050	1.124.815.370	1.914	1.370.471.886	1.937
6 Ordentliche Ausgaben 1)	135.052.011	2.394	371.218.728	2.241	160.813.520	2.610	228.557.641	2.278	119.165.004	2.733	115.309.180	2.321	92.489.811	2.922	189.001.810	2.399	312.529.143	2.607	1.411.607.704	2.402	1.724.136.847	2.437
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	15.097.084	268	46.662.853	282	12.869.910	209	22.817.518	227	13.721.746	315	15.060.853	303	8.140.921	257	22.061.858	280	39.719.354	331	156.432.743	266	196.152.097	277
8 Gesamtausgaben in % der Bezirkssumme	150.149.095	2.662	417.881.581	2.523	173.683.430	2.819	251.375.159	2.506	132.886.750	3.048	130.370.033	2.625	100.630.732	3.180	211.063.668	2.679	352.248.497	2.939	1.568.040.447	2.668	1.920.288.944	2.714
Eigene Steuern:																						
9 Grundsteuer A	73.404	1	188.662	1	162.421	3	164.709	2	62.013	1	93.164	2	85.770	3	149.004	2	11.465	0	979.147	2	990.612	1
10 Grundsteuer B	4.849.130	86	12.428.120	75	8.399.947	136	8.121.247	81	4.432.742	102	2.735.533	55	3.138.591	99	6.143.841	78	10.860.640	91	50.249.151	85	61.109.791	86
11 Kommunalsteuer	13.843.587	245	41.670.063	252	17.707.271	287	33.387.436	333	12.392.502	284	10.765.450	217	10.769.054	340	25.993.908	330	49.455.662	413	166.529.272	283	215.984.934	305
12 Vergnügungssteuer	20.098	0	93.198	1	461.499	7	167.708	2	107.294	2	83.853	2	6.340	0	52.639	1	755.353	6	992.629	2	1.747.982	2
13 Hundesteuer	135.281	2	409.905	2	144.129	2	184.266	2	81.793	2	74.804	2	62.782	2	168.804	2	320.598	2	1.261.762	2	1.582.360	2
14 Gebrauchsabgabe	290.673	5	1.097.149	7	1.024.998	17	1.715.692	17	310.893	7	77.057	2	1.058.176	33	674.428	9	6.249.066	11	8.217.415	69	14.466.481	20
15 Verwaltungsabgabe	311.679	6	780.009	5	507.011	8	565.764	6	311.557	7	275.410	6	165.720	5	429.270	5	1.648.790	14	3.346.419	6	4.995.209	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	222.158	4	131.023	1	354.937	6	473.582	5	300.909	7	800.824	16	124.779	4	579.277	7	5.867.778	49	2.987.488	5	8.855.266	13
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-31.709	-1	-106.853	-1	571	0	-22.864	0	-6.181	0	-2.072	0	524	0	524	0	-43.477	0	-185.197	0	-228.674	0
18 Interessentenbeiträge n.VerkaufschlAbgG	2.467.328	44	7.059.449	43	3.526.632	57	3.717.440	37	1.626.549	37	2.654.662	53	1.190.330	38	3.104.839	39	3.727.222	31	25.347.231	43	29.074.453	41
19 Summe Eigene Steuern	22.181.628	393	63.750.720	385	32.289.415	524	48.474.981	483	19.620.070	450	17.558.684	353	16.602.066	525	37.279.402	473	80.821.447	674	257.586.967	439	338.578.413	479
20 Abgabenbeitragsanteile 5)	42.135.221	747	126.539.956	764	45.043.908	731	77.661.218	774	32.343.943	742	38.431.196	774	23.334.381	737	59.431.371	754	142.069.160	1.185	444.929.194	757	586.998.353	830
21 Spielbankabgabe 6)	0	0	886.111	5	386.005	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.272.116	2	1.272.116	2	2.273.481	3
22 Getränkesteuerzuschlag	5.958.503	106	9.769.415	59	7.074.943	115	7.259.178	72	6.880.647	158	3.264.280	66	3.543.456	112	8.561.186	109	9.140.155	76	52.311.608	89	61.451.763	87
23 Summe Abgabenbeitragsanteile	48.093.724	853	137.195.482	828	52.510.856	852	84.920.396	846	39.226.590	900	41.695.476	839	26.877.837	849	67.992.557	863	152.210.679	1.270	498.512.918	848	650.723.597	920
Weitere Einnahmen:																						
24 Benützungsgeldern nach dem FAG 7)	18.263.320	324	37.139.519	224	19.112.978	310	17.137.213	171	17.020.157	390	13.561.612	273	9.012.083	285	21.003.320	267	17.842.537	149	152.250.203	259	170.092.740	240
25 Bedarfswweisungen 8)	9.032.482	160	16.793.843	101	7.296.503	118	7.939.206	79	6.649.137	152	10.624.322	214	7.573.600	239	10.177.270	129	9.000.000	75	76.086.363	129	85.086.363	120
26 Summe weitere Einnahmen	9.032.482	160	16.793.843	101	7.296.503	118	7.939.206	79	6.649.137	152	10.624.322	214	7.573.600	239	10.177.270	129	9.000.000	75	76.086.363	129	85.086.363	120
27 Summe Zinsen 19, 23 und 25 bis 26	97.571.154	1.730	254.879.563	1.539	111.209.732	1.825	158.471.796	1.580	82.515.954	1.892	83.440.094	1.680	62.065.586	1.898	136.452.551	1.732	259.874.663	2.168	984.606.451	1.675	1.244.481.113	1.759
28 Darlehensaufnahmen	5.147.522	91	1.869.189	132	7.753.245	126	8.053.793	80	4.019.500	92	9.485.455	191	6.127.055	194	13.886.229	176	0	0	76.343.989	130	76.343.989	108
29 Schuldzinsen	1.467.030	26	3.293.340	21	1.128.438	18	1.481.728	15	1.270.222	29	1.630.216	33	1.084.596	34	1.715.982	22	2.138.867	2	13.071.552	22	13.285.418	19
30 laufende Schuldentilgung	8.428.583	149	11.858.019	72	5.340.212	87	7.924.963	79	6.853.137	157	6.586.677	133	5.712.583	180	9.434.413	120	787.801	7	62.138.588	106	62.926.388	89
31 Schuldenstand zum 31.12.	88.779.758	1.574	176.512.655	1.066	68.095.005	1.105	87.597.437	873	79.389.104	1.821	75.366.361	1.517	61.629.514	1.947	121.454.675	1.542	13.504.931	113	758.824.508	1.291	772.329.439	1.092
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	5.692.215	101	130.143.601	786	130.990.874	2.126	76.479.275	762	47.716.767	1.094	24.926.816	502	15.403.771	487	61.988.272	787	177.643.607	1.482	493.341.592	839	670.985.199	948
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	8.039.831	143	29.633.698	179	8.434.639	137	6.712.381	67	6.216.559	143	10.226.154	206	2.688.647	85	6.839.401	87	0	0	78.791.310	134	78.791.310	111
Vermögen zum 31.12.:																						
34 Zuführungen an Rücklagen	2.293.349	41	11.950.588	72	3.455.342	56	5.719.847	57	2.241.624	51	4.107.995	83	1.599.416	51	2.576.679	33	478.574	4	33.944.841	58	34.423.415	49
35 Stand an Rücklagen	7.174.239	127	36.042.847	218	19.883.382	323	21.276.223	212	9.036.408	207	10.313.783	220	4.015.342	127	8.052.108	102	19.909.013	166	116.419.333	198	136.328.346	193
36 Stand an Darlehensforderungen	131.382	2	3.759.916	23	1.569.029	25	966.477	10	2.011.680	46	392.833	8	16.383	1	363.297	5	9.754.759	81	9.211.600	166	18.966.359	27
37 Stand an Beteiligungen	26.838.030	476	11.048.256	67	31.315.388	508	50.859.877	507	23.962.594	550	4.952.455	100	4.145.602	131	16.102.105	204	24.773.509	207	169.224.307	288	193.997.816	274
38 Stand an Wertpapieren	258.426	5	2.158.522	13	1.363.725	22	4.267.277	43	978.800	22	6.777.300	136	400.576	13	761.320	10	16.963.946	0	16.963.946	29	16.963.946	24
39 Zuführung an a.o. Haushalt	3.563.576	63	8.725.166	53	2.685.814	44	8.001.948	80	5.127.378	118	1.166.305	23	415.463	13	2.194.191	28	13.277.488	111	31.879.843	54	45.157.090	64
40 Zahl der Beamten 9)	32		70		28		57		28		27		15		25		208		282		490	
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	580		1.800		723		1.114		459		479		359		689		1.288		6.203		7.491	
42 Summe ständig Bedienstete (VBA) 10)	612																					

Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2010 bis 2012

Bezirk- Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE				INNSBRUCK-STADT				SUMME TIROL			
	2010 (278 Gem.)	2011 (278 Gem.)	2012 (278 Gem.)	2010	2011	2012	2010 (279 Gem.)	2011 (279 Gem.)	2012 (279 Gem.)	2010 (279 Gem.)	2011 (279 Gem.)	2012 (279 Gem.)
Einwohnerzahl lt. Registerz. 2008/09/10	584.262	585.894	587.713	118.037	119.026	118.860	702.299	704.920	707.573	702.299	704.920	707.573
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	890.655	949.127	952.114	275.420	277.727	279.673	1.166.075	1.231.114	1.231.788	1.166.075	1.231.114	1.231.788
Finanzkraft I	91.863,371	92.401,807	95.183,149	24.661,625	24.984,801	25.614,790	116.524,996	117.386,608	120.797,939	116.524,996	117.386,608	120.797,939
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	in Euro	je EW	in Euro
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.260.836,304	2.158	1.347.068,501	2.299	1.418.221,268	2.413	293.832,763	312.585,361	2.214	1.645.578,563	2.334	1.730.806,629
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	172.528,656	295	137.341,057	234	162.408,211	276	52.192,202	39.719,354	331	189.533,259	269	202.127,565
3 Gesamteinnahmen	1.433.364,960	2.453	1.484.409,558	2.534	1.580.629,479	2.689	344.885,624	352.304,715	2.939	1.835.108,822	2.603	1.932.934,194
4 Personalaufwand 2)	263.687,998	451	271.613,105	464	286.792,334	488	62.740,141	66.872,627	558	335.884,892	476	353.664,961
5 Sachaufwand	996.271,560	1.705	1.069.641,455	1.826	1.124.815,370	1.914	231.497,749	245.656,516	2.050	1.320.471,886	1.850	1.937.471,886
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.259.959,558	2.156	1.341.254,560	2.289	1.411.607,704	2.402	294.237,890	312.529,143	2.607	1.639.460,278	2.326	1.724.136,847
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	165.220,522	283	145.807,665	249	156.432,743	266	51.052,861	32.591,354	331	197.999,867	281	196.152,097
8 Gesamtausgaben	1.425.180,080	2.439	1.487.062,225	2.538	1.568.040,447	2.668	345.290,751	352.248,497	2.939	1.837.460,144	2.607	1.920.288,944
Eigene Steuern:												
9 Grundsteuer A	976.573	2	978.406	2	979.147	2	11.495	0	11.465	0	989.752	1
10 Grundsteuer B	48.102,230	82	49.480,474	84	50.249,151	85	10.673,490	10.860,640	91	58.775,721	84	60.170,763
11 Kommunalsteuer	151.088,244	259	158.584,416	271	166.529,272	283	45.854,539	49.455,662	413	196.942,783	280	206.549,174
12 Vergütungssteuer	2.334,351	4	1.380,657	2	992,629	2	1.499,902	735,353	6	4.830,208	7	2.880,559
13 Hundsteuer	1.054,396	2	1.170,045	2	1.261,762	2	292,442	320,598	3	1.346,837	2	1.477,430
14 Gebrauchsabgabe	6.017,710	10	6.248,616	12	6.249,066	11	8.759,341	8.217,415	69	14.777,051	21	14.349,971
15 Verwaltungsabgabe	3.299,816	6	3.483,916	6	3.346,419	6	1.733,974	1.583,319	13	5.033,790	7	5.067,235
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	2.756,671	5	2.987,488	5	6.061,978	5	8.818,649	8.818,649	13	8.986,714	13	8.855,266
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-226,644	0	-271,210	0	-185,197	0	-421,358	-43,477	0	-648,002	-1	-286,406
18 Interessentenbeiträge n.VerkaufschAbgG	23.725,069	41	23.670,594	40	23.347,231	43	6.511,105	3.727,222	31	30.236,175	43	28.235,675
19 Summe Eigene Steuern	239.128,416	409	248.210,780	424	257.756,967	439	81.972,864	80.821,447	674	321.101,280	457	328.420,867
20 Abgabentragsanteile 5)	381.292,208	653	426.633,825	728	444,929,194	757	125.004,187	142.069,160	1.185	506,296,394	721	561.800,777
21 Spielbankabgabe 6)	1.428,303	2	1.173,611	2	1.272,116	2	1.435,787	1.107,375	8	2.864,090	4	2.280,986
22 Getränkesteuerausgleich	47.648,133	82	50.549,333	86	52.311,608	89	8.232,223	9.140,155	76	55.880,356	80	58.290,464
23 Summe Abgabentragsanteile	430.368,644	737	478.356,769	816	498.512,918	848	134.672,197	152.210,679	1.270	565.040,840	805	622.872,226
24 Weitere Einnahmen:												
25 Benützungsgeldern nach dem FAG 7)	142.262,228	243	144.939,677	247	152.250,203	259	17.482,687	17.842,537	149	159.744,915	227	162.586,434
26 Bedarfszuweisungen 8)	70.729,753	121	72.249,316	123	76.086,363	129	9.000,000	9.000,000	75	79.729,753	114	81.249,316
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	882.489,040	1.510	943.756,542	1.611	984.606,451	1.675	243.127,747	259.874,663	2.168	1.125.616,787	1.603	1.195.128,843
Verpflichtungen zum 31.12.:												
28 Darlehensaufnahmen	71.780,282	123	52.986,477	90	76.343,989	130	0	0	0	71.780,282	102	52.986,477
29 Schuldzinsen	12.590,504	22	14.479,670	25	13.071,552	22	225,310	213,867	2	12.815,813	18	14.701,845
30 laufende Schuldentilgung	59.257,253	101	60.892,022	104	62.138,588	106	821,639	787,801	7	60.078,892	86	61.455,184
31 Schuldenstand zum 31.12.	791.498,923	1.355	769.437,804	1.313	758.824,508	1.291	14.855,894	13.504,931	113	806.354,817	1148	783.730,536
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	365.114,020	625	375.566,586	641	493.341,592	839	128.084,373	177.643,607	1.482	493.198,393	702	589.476,926
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	72.824,103	125	86.287,981	147	78.791,310	134	0	0	0	72.824,103	104	86.287,981
Vermögen zum 31.12.:												
34 Zuführungen an Rücklagen	27.646,849	47	38.418,686	66	33.944,841	58	4.383,266	478,574	4	32.030,115	46	40.214,725
35 Stand an Rücklagen	101.941,368	174	110.788,723	189	116.419,333	198	20.634,400	19.909,013	166	122.575,768	175	130.219,162
36 Stand an Darlehensforderungen	7.339,750	13	7.463,164	13	9.211,600	16	11.120,239	9.754,759	81	18.459,989	26	18.335,854
37 Stand an Beteiligungen	162.605,581	278	162.428,783	277	169.224,307	288	24.177,962	24.773,509	207	186.783,543	266	186.606,375
38 Stand an Wertpapieren	20.644,727	35	20.103,058	34	16.963,946	29	0	0	0	20.644,727	29	20.103,058
39 Zuführung an a.o. Haushalt	27.835,084	48	29.885,001	51	31.879,843	54	15.100,000	13.277,248	111	42.935,084	61	41.232,009
40 Zahl der Beamten 9)	303		291		282		248	228	208	551		490
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	6.015		6.060		6.203		1.188	1.288	1.211	7.226		7.491
42 Summe ständig Bedienstete (VBA) 10)	6.318		6.351		6.485		1.459	1.416	1.496	7.777		7.981

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96^a) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenasprünge, Sonstige Abgaben etc.

4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Ankinidungsausgabe, Minusbeträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Werbesteuer-Ausgl., Ausgl.Voranteil und Ausgl.Selbstträgerschaft;

31.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2013

Ertragsanteile an	August		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-941.780	-528.999	412.781	43,83
Lohnsteuer	18.162.944	19.902.104	1.739.160	9,58
Kapitalertragsteuer	1.378.401	1.659.105	280.703	20,36
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	525.984	357.657	-168.327	-32,00
Körperschaftsteuer	-247.430	-428.889	-181.459	73,34
Erbschafts- und Schenkungssteuer	8.909	4.695	-4.213	-47,29
Stiftungseingangssteuer	12.192	10.519	-1.672	-13,72
Bodenwertabgabe	8.116	23.792	15.676	193,14
Stabilitätsabgabe	8.603	19.278	10.675	124,09
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	18.915.938	21.019.262	2.103.324	11,12
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	17.607.323	19.411.167	1.803.844	10,24
Abgabe von alkoholischen Getränken	52	22	-30	-57,86
Tabaksteuer	2.257.233	1.422.377	-834.856	-36,99
Biersteuer	172.800	77.314	-95.486	-55,26
Mineralölsteuer	3.406.188	3.404.948	-1.241	-0,04
Alkoholsteuer	86.187	89.862	3.675	4,26
Schaumweinsteuer	770	1.101	331	43,04
Kapitalverkehrsteuern	28.165	92.139	63.974	227,15
Werbeabgabe	391.471	363.701	-27.770	-7,09
Energieabgabe	860.928	751.993	-108.935	-12,65
Normverbrauchsabgabe	474.820	458.174	-16.646	-3,51
Flugabgabe	78.802	72.170	-6.632	-8,42
Grunderwerbsteuer	8.618.667	7.114.096	-1.504.571	-17,46
Versicherungssteuer	838.906	876.944	38.038	4,53
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.482.988	1.549.187	66.199	4,46
KFZ-Steuer	-58	1.611	1.669	2896,64
Konzessionsabgabe	139.904	138.663	-1.240	-0,89
rechnungsmäßig Ertragsanteile	36.445.146	35.825.470	-619.676	-1,70
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	35.566.062	34.946.387	-619.676	-1,74
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	54.482.000	55.965.649	1.483.649	2,72
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.708.378	5.171.536	463.158	9,84
Werbesteuerenausgleich	62.905	58.418	-4.487	-7,13
Werbeabgabe nach der Volkszahl	328.567	305.283	-23.284	-7,09
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

32.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2013

Ertragsanteile an	Jänner - August		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	13.399.160	15.052.958	1.653.798	12,34
Lohnsteuer	142.730.021	152.611.090	9.881.069	6,92
Kapitalertragsteuer	8.161.213	8.563.824	402.610	4,93
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	3.882.405	4.391.944	509.538	13,12
Körperschaftsteuer	31.370.984	32.868.732	1.497.748	4,77
Erbschafts- und Schenkungssteuer	170.984	85.656	-85.328	-49,90
Stiftungseingangssteuer	84.453	60.514	-23.940	-28,35
Bodenwertabgabe	475.833	481.190	5.357	1,13
Stabilitätsabgabe	3.238.836	2.779.042	-459.794	-14,20
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	203.513.891	216.894.949	13.381.059	6,58
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	151.130.294	156.416.940	5.286.646	3,50
Abgabe von alkoholischen Getränken	247	183	-64	-26,06
Tabaksteuer	9.914.605	10.394.236	479.631	4,84
Biersteuer	1.194.472	1.171.942	-22.530	-1,89
Mineralölsteuer	26.760.172	26.520.856	-239.316	-0,89
Alkoholsteuer	879.682	859.704	-19.979	-2,27
Schaumweinsteuer	8.042	7.821	-221	-2,75
Kapitalverkehrssteuern	377.177	363.126	-14.051	-3,73
Werbeabgabe	2.736.537	2.722.838	-13.700	-0,50
Energieabgabe	6.177.672	6.172.058	-5.614	-0,09
Normverbrauchsabgabe	3.248.257	2.923.742	-324.515	-9,99
Flugabgabe	644.392	623.658	-20.734	-3,22
Grunderwerbsteuer	61.873.241	55.211.922	-6.661.319	-10,77
Versicherungssteuer	6.957.748	6.996.312	38.564	0,55
Motorbezogene Versicherungssteuer	9.462.676	10.081.678	619.003	6,54
KFZ-Steuer	243.154	233.490	-9.664	-3,97
Konzessionsabgabe	1.576.110	1.493.309	-82.801	-5,25
rechnungsmäßig Ertragsanteile	283.184.479	282.193.815	-990.665	-0,35
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.032.667	7.032.667	0	0,00
Summe sonstige Steuern	276.151.813	275.161.148	-990.665	-0,36
Kunstförderungsbeitrag	81.872	83.801	1.928	2,36
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	479.513.001	491.905.302	12.392.302	2,58
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	486.858.570	498.048.425	11.189.856	2,30
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	40.633.360	42.091.388	1.458.028	3,59
Getränkesteuerausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuerausgleich	41.085.336	42.726.264	1.640.928	3,99
Werbesteuerenausgleich	439.729	437.193	-2.536	-0,58
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.296.809	2.285.645	-11.164	-0,49

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JUNI 2013**
(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2013 (endgültig)	Juni 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	108,1	108,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,4	118,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	130,9	130,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	137,7	137,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	180,1	180,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	280,0	280,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	491,3	491,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	626,0	626,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	628,1	628,1

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juni 2013 beträgt 108,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2013 unverändert geblieben (Mai 2013 gegenüber April 2013: +0,2%). Gegenüber Juni 2012 ergibt sich eine Steigerung um 2,2% (Mai 2013/2012: +2,3%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck